Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 7. Juli 1928
Sonnabend Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 6957—6949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Tagen
Das Unterhaltungsblatt · Das neue Buch
Kraft und Stoff · Weltverkehr
Wirtschaft & Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
Nr. 313
7. 7. m
10 Pfennig

Zum Tage

In der französischen Kammer ist mit 565 gegen 25 Stimmen ein Gesetz angenommen worden, nach dem neben dem Berufungsgericht in Kolmar ein solches in Metz eingerichtet werden soll.

*

* In der belgischen Kammer hat Außenminister Hymans die Reichstagsrede des deutschen Kanzlers einer Kritik unterzogen.

*

Die Europäische Wirtschaftskommission, eine internationale Expertenkommission für europäische Zusammenarbeit in der Politik und in Wirtschaftsfragen, ist im Haag zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten.

*

Der österreichische Nationalrat hat mit 80 gegen 59 Stimmen den großdeutschen Landtagsabgeordneten Stama zum Justizminister gewählt.

* Rußfärbiches siehe unten.

Autobusunfall am Lützowufer

Gegen einen Baum geschleudert
12 Fahrgäste verletzt

Vor der Autobushaltestelle Lützowufer verursachte gestern abend ein vom Lützowplatz in Richtung Potsdamer Brücke fahrender Autobus der Linie 2. Zwölf Fahrgäste erlitten Verletzungen.

Ueber den Unfall erhalten wir folgende Einzelheiten: Der Wagen, der in vorschriftsmäßigem Tempo fuhr, geriet an der Haltestelle, als der Fahrer bremsen wollte, infolge des durch den Regen schlüpfrigen Asphalts ins Schleudern und prallte mit großer Heftigkeit gegen einen Baum am Bürgersteig. Sämtliche Fensterscheiben des Wagens zersplitterten, und die Fahrgäste wurden durch den plötzlichen Ruck durcheinandergeworfen. In dem vollbesetzten Wagen entstand eine Panik, und alles drängte nach dem Ausgang. Von den zwölf verletzten Personen hatten die meisten durch die Glassplitter erhebliche Schnittwunden im Gesicht und an den Händen erlitten. Einige hatten bei dem Durcheinanderwerfen Knie- und Beinverletzungen davongetragen.

Die Verletzten wurden in der Privatklinik Lützowufer 14 verbunden und konnten dann ihre Wohnungen aufsuchen.

Die Namen der Verletzten sind:

Gustav Kroha, Schaperstraße 31.
Erich Schindler, Straßunder Straße 46.
Gotthold Menzel, Grolmannstraße 27.
Ferdinand Faß, Bayreuther Straße 20.
Friedrich Dobroskeil, Rüdesdorfer Straße 12;
seine Frau Frieda.
Anna Braunsberg, Uniter den Eichen.
Egon Wierzbicki, Rosinenstraße 15.
Hans Birnstiel, Blumenstraße 74.
Erich Heidolf, Mitgaelstraße 25.
Ernst Gleichauf, Friedenshorststraße 1;
seine Frau Ella.

Der Führer des Autobusses war unverletzt geblieben. Nach Ansicht der Fahrgäste ist ihm keine Schuld zuzuschreiben. Der schwer beschädigte Wagen wurde aus dem Verkehr gezogen.

Unsere Dauerflieger

fx. Dessau, 6. 7. (Eigenbericht)

Heute nachmittag zwischen 3 und 6 Uhr tobte in der Elb- und Mulde-Aue wieder ein Gewitter, das von heftigen Blitz- und Donnerschlägen, vor allem aber auch von schwerem Sturm begleitet war und fast die Stärke des Unwetters vom Mittwoch annahm. Das Flugzeug von Rittich und Zimmermann mußte diesem Wetter, das mit schweren Böen verbunden war, ausweichen, und zwar zuerst nach südlichen Kurs. Es kreiste eine zeitlang über Leipzig; als aber auch dort schwere Gewitter sich bildeten, mußten die Piloten nordöstlich ausweichen und kamen dabei in die Nähe von Cottbus. In weitem Bogen, der beinahe bis Berlin führte, setzten sie gegen 6 Uhr dann wieder nach Dessau zurück und nahmen den Wendeflug nach Leipzig wieder auf. Die Nacht über werden sie dann wieder über Dessau kreisen. Bis jetzt ist der Flug trotz der Witterungsschwierigkeiten glatt und ohne Störungen verlaufen.

Weiteres aus Stamford-Bridge

London, 6. 7.

Bei den 220 Yards-Ausscheidungen um die Englische Meisterschaft hinterließ der Charlottenburger Körnig den besten Eindruck. Körnig gewann seinen Zwischenlauf in 21,5 Sekunden. Neben den drei Deutschen Houben, Körnig und Dr. Wichmann wird noch der Engländer Abrahams die Entscheidung bestreiten. Der Kölner Dobermann hat sich zum Weitsprung-Endkampf durchgerungen. Bereits beim ersten Vorkampf-Sprunge brachte er es auf 7,16 Meter. Die Sprinter-Staffel der Frankfurter Eintracht gewann ihren Vorlauf trotz schlechtem Wechsel in 42,4 Sekunden überlegen gegen den Londoner Achilles-Club und steht im Endlauf von den allerbesten Aussichten. Dr. Peltzer belegte in seinem Vorlauf für die englische Meile den fünften Platz.

(Siehe Seite 3)

Der „Deutsche Verein" in London

sx. London, 6. 7. (Eigenbericht)

Die hiesige deutsche Kolonie hat heute abend auf einer Zusammenkunft zu einem ersten „Deutschen Essen" den bei Kriegsausbruch eingegangenen „Deutschen Verein" wieder gegründet. Unter den mehr als hundert Teilnehmern befanden sich drei Herren, die vor fast 50 Jahren an der Gründungssitzung des alten „Deutschen Vereins" teilgenommen hatten.

Vandervelde fordert Räumung und Revision des Dawes-Planes

Belgiens Außenminister kritisiert in der Kammer die Rede des Deutschen Reichskanzlers

Brüssel, 6. 7.

Der Minister des Auswärtigen Hymans machte in der Kammer, die heute das Budget des Ministeriums des Aeußeren behandelte, Ausführungen über das Reparationsproblem und andere außenpolitische Fragen, wobei er u. a. erklärte:

„Belgien hat lebenswichtige Interessen zu verteidigen. Vor allem handelt es sich darum, endlich die Regelung der deutschen Marksch uld sicherzustellen, deren Rechtmäßigkeit niemals bestritten worden ist, und die wir nicht verlieren lassen werden. Belgiens Politik ist eine Politik des Friedens und der Sicherheit. Belgien muß es verstehen, die notwendigen Opfer zu bringen, die einen Schutz seiner Grenzen sicherstellen, indem es an der Organisierung des Friedens tätig mitarbeitet." Hymans berührte auch die Räumungsfrage.

Er führte dazu u. a. aus: „Ich habe seinerzeit Belgiens Haltung in der Räumungsfrage in Ausdrücken dargelegt, die im Inland wie im Ausland Billigung gefunden haben. Die Frage hat zahlreiche Kommentare und interessante Veröffentlichungen hervorgerufen, sie hat aber den Bezirk der studienweisen Beschäftigung und der Theorie nicht verlassen. Es kommt in dieser Hinsicht keinerlei diplomatische Tatsache vor und Belgien hat die Gewißheit, daß es zu allen Beratungen der interessierten Mächte über die delikaten und vielverschlungenen Probleme der Reparationen und der Räumung des Rheinlands hinzugezogen werden wird. Die Frage ist dieser Tage wieder aufgetaucht.

Der deutsche Reichskanzler

hat die von Deutschland in dieser Hinsicht erhobenen Ansprüche dargelegt, ohne sich im übrigen genauer darüber zu äußern, welche Lösungen und unter welchen Bedingungen er sie wünscht."

Ueber den Kellogg-Vorschlag führte der Minister aus, daß Belgien den Plan mit lebhafter und von freundschaftlichem Geiste erfüllter Aufmerksamkeit zu prüfen beschäftigt sei, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die amerikanische Anregung in nächster Zukunft zu einer allgemeinen Verständigung führen werde. Er hatte es aber für gegeben, noch einmal die Notwendigkeit hervorzuheben, daß dabei der Völkerbundspakt und der Vertrag von Locarno, die die Grundlagen des internationalen Status Belgiens und die Garantie seiner Sicherheit darstellten, in vollem Umfang aufrechterhalten werden.

In der Aussprache trat der ehemalige Minister Vandervelde für die Rheinlandräumung ein. Er betonte, daß die Besetzung des Rheinlandes keinen Einfluß auf die Sicherheit Belgiens und die Ausführung des Dawesplanes habe und für Belgien nur lästig sei. Außerdem widerspreche die Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung dem Artikel 1 des Völkerbundspaktes. Der ehemalige Minister forderte außerdem die Revision des Dawesplanes und fand bei den Sozialisten und den klämischen Katholiken reichen Beifall.

Lundborgs Rettung

Die tapfere Tat seines Fliegerkameraden

k. Stockholm, 6. 7. (Eigenbericht)

Die Stockholmer Presse bringt in großer Aufmachung die Meldung von der glücklichen Befreiung des Leutnants Lundborg und äußert sich in begeisterten Worten über diese neue kühne Tat schwedischer Flieger, die ein weiteres Ruhmesblatt in der Geschichte des schwedischen Fliegerwesens bedeute.

Nach einem heute bei der Gattin Lundborgs eingetroffenen Telegramm ist die Meldung Lundborgs, daß seine Fliegerkameraden Leutnant Schyberg, der zur Staffel der unter Leitung des Hauptmanns Thornberg stehenden schwedischen Hilfsexpedition gehört, erfolgt. Auf einem Erkundungsflug, den dieser am Donnerstag unternahm, gelang es ihm, in der Nähe der Eisscholle, auf der sich die Kobile-Gruppe und Lundborg befanden, eine geeignete Landungsstelle ausfindig zu machen und mit seinem Wasserflugzeug, einer Maschine vom Moth'schen Typ, niederzugehen. Er nahm Leutnant Lundborg an Bord und kehrte mit ihm, nachdem er die mitgenommenen Lebensmittelvorräte, Decken und Zeltbahnen den italienischen Schiffbrüchigen der „Italia", zurückgelassen hatte, nach der Basis der Hilfsexpedition, dem Dampfer „Quest", zurück, wo er wohlbehalten in den frühen Morgenstunden des Freitag eintraf.

Unter der Besatzung des Dampfers brach großer Jubel aus, als Leutnant Lundborg, über dessen Schicksal man bereits ernste Befürchtungen gehegt hatte, dem Flugzeug entstieg. Hauptmann Thornberg verständigte sofort funkentelegraphisch das Kriegsministerium in Stockholm von der glücklich durchgeführten Rettung Lundborgs.

Nach weiteren hier vorliegenden Meldungen erwartet man nunmehr, daß die Befreiung der übrigen Begleiter Nobiles aus ihrer verzweifelten Lage in den nächsten Tagen gelingen werde, nachdem nunmehr zwei hervorragende schwedische Flieger den genauen Standort der Eisinsel kennen und mit den Landungsmöglichkeiten vertraut sind.

Das bei der Gattin Lundborgs Freitag vormittag 11 Uhr eingetroffene Telegramm lautet: „Schybert hat mich geholt mit dem Moth. Befinde mich an Bord der „Quest". Herzliche Grüße Eyner Lundborg".

Die von Leutnant Schyberg benutzte Maschine bietet nur für zwei Personen Platz, woraus sich erklärt, daß nur Lundborg mitgenommen werden konnte.

Minderheitenrechte und Völkerbundligen

Ein ernster Appell an das Genfer Forum

ll. Den Haag, 6. 7. (Eigenbericht)

Seit Montag tagt hier im Gebäude der 2. Kammer auf dem ehrwürdigen alten „Binnenhof", der jetzt die Parlamentsgebäude und einige Ministerien beherbergenden ehemaligen Residenz der Grafen von Holland der 12. Jahresk ongreß des Weltverbandes der Völkerbundsgesellschaften (Union des Associations pour la Société des Nations). Die Delegation der Deutschen Liga für Völkerbund wird von dem bem. Botschafter a. D. Graf Bernstorff geleitet, während ihr außerdem noch Prof. Hoetzsch, Graf Montgelas, Professor Jäckh, Dr. Kaufmann, Regierungsrat Hahn, a. D. Dr. Junghann, Dr. C. G. Bruhns, Gräfin Dohna, Redakteur Schwarz und der Geschäftsführer der Liga, Dr. Arichhoff, angehören. Besonderes Interesse beanspruchte ein deutscher Antrag auf Einsetzung einer ständigen Minderheitenkommission beim Völkerbund, ein deutscher und ein französischen Abrüstungsantrag, die Frage des Presseschutzes des Völkerbundssekretariats, Anträge auf Aufnahme einer deutschen Völkerbundliga in Jugoslawien, einer polnischen Liga in Deutschland und einer Danziger Völkerbundliga sowie vor allem Minderheitenfragen wie die der deutschen Minderheiten in Südtirol. In der Vollsitzung am Donnerstag wurde folgende Entschließung angenommen:

„Mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Minderheiten in Europa und die bisaus entstehende Gefährdung des Friedens, überzeugt von der Notwendigkeit, daß alle Staaten ihren Minderheiten gleiches Recht und gleichen Schutz gewähren müssen, spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß erstens die Minderheitenbestimmungen in den Völkerbunds-Pakts aufgenommen werden, zweitens, daß alle Staaten ihre Minderheiten nach gleichen Grundsätzen behandeln mögen, drittens, daß der Völkerbundsrat eine Untersuchung über die Lage der Minderheiten und die bisher erzielten Ergebnisse einleiten möge, und viertens, daß sobald wie möglich ein ständiger Minderheitenausschuß beim Völkerbund ernannt werden möge."

Sudetendeutsche Angriffe auf Benesch

Die Haltung des Prager Außenministers in der Anschlußfrage

rs. Prag, 6. 7. (Eigenbericht)

Das Hauptblatt des Bundes der Landwirte, „Deutsche Landpost", greift Benesch scharf an, weil er sich hartnäckig gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland stellt. Seine Stellungnahme in dieser Frage könne die irrige Ansicht aufkommen lassen, als ob das Sudetendeutschtum in dieser Frage zerteilter Meinung wäre und ein Teil der deutschen Bevölkerung sich mit dieser Ansicht des Ministers abgefunden hätte. Die Verständigung im Staate hänge davon ab, wie die Anschlußfrage gelöst werde. Es sei daher von Benesch nicht klug, sein starres Nein aufrecht zu erhalten.

Der Legionärkongreß in Prag

rs. Prag, 6. 7. (Eigenbericht)

Der Legionärkongreß ist heute zur Verbrüderung verlaufen. Das Parlamentsgebäude hatte nicht gefl aggt, was als Unfreundlichkeit der bürgerlichen Regierung angesehen wird. Auch die Häuser zeigten wenig Fahnenschmuck, da die Führung der Legionärsgemeinde links gerichtet ist. Aus dem gleichen Grunde greift der „Narod" diese an und behauptet, daß sie mit diesem Kongreß ihren letzten Trumpf ausgespielt habe, ohne gewonnen zu haben.

Die Ansprache des Präsidenten Masaryk an die Legionäre verfl immt die Sudetendeutschen, da er als Programm der Legionen bezeichnet habe „den Staat unseres Volkes zu erringen, wiederherzustellen und im Geiste unserer Geschichte einzurichten", und sein Wort über die nationalen Probleme des Staates gesagt habe, es wäre dem, daß es Aufgabe der demokratischen Republik sei, die „Menschenwürde" jedes Bürgers zu schützen und „die politische und soziale Gerechtigkeit" zu verwirklichen. Auch das Manifest der Legionäre gehe über diese brennenden Fragen des Staates hinweg, als ob auch da ein Mangel an Mut bestände, den gegebenen Tatsachen voll Rechnung zu tragen.

Vor einer Lösung der deutschen Frage in Ungarn

Eine Unterredung mit Minister a. D. Dr. Jakob Bleyer

Von einem gelegentlichen Berichterstatter

Budapest, im Juli

In den letzten Monaten hat die deutsche Frage in Ungarn wiederholt auf der Tagesordnung der Politik gestanden. Angriffe auf die Führer des ungarländischen Deutschtums haben in der Presse und im Abgeordnetenhause zu einer prinzipiellen Aussprache über die Bestrebungen des Deutschtums in Ungarn geführt. Um die Lage zu klären, bevollmächtigte Dr. Bleyer Führer des ungarländischen Deutschtums, die gesamte Frage in umfassender Weise in einer Reichstagsrede, in der er die Auffassung der kulturellen Wünsche des ungarländischen Deutschtums historisch darlegte und die Ziele dieser Bewegung präzis steckte. Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen nahm zur deutschen Frage ebenfalls in einer großangelegten Rede Stellung, bekundete dem ungarländischen Deutschtum gegenüber aufrichtiges Wohlwollen, erklärte, das deutsche Problem in Ungarn im Einvernehmen mit Dr. Jakob Bleyer lösen zu wollen, hat aber zugleich die Führer des ungarländischen Deutschtums mit Rücksicht auf die technischen Schwierigkeiten um Geduld, da die Frage nur in friedlicher Weise gelöst werden könne.

Dieser Tage hatte ich Gelegenheit, mit Dr. Jakob Bleyer über die deutsche Bewegung in Ungarn eine ausführliche Unterredung zu führen; ich wurde von Dr. Bleyer zur Mitteilung nachstehender Erklärungen ermächtigt:

In den letzten Wochen fanden im Ministerpräsidium und im Unterrichtsministerium mündliche Besprechungen und verschiedene Konferenzen statt, in denen die Frage des Gebrauches der Muttersprache und des muttersprachlichen Unterrichts beraten wurde. Ich erkläre mit freudiger Genugtuung, daß nunmehr ein festes System in die Lösungsmodalitäten gebracht wird. Auf diese Weise wird schrittweise eine Durchführung der Gesetze und Verordnungen zustande kommen, die organisch und in jeder Beziehung folgerichtig sein wird.

„Wie wird sich die Lösung der Frage in den Schulen der deutschen Gemeinden gestalten?"

Die Schulfrage ist selbstverständlich der ern aller sprachlichen Minderheitenprobleme. Um sie lösen zu können, ist es vor allem notwendig, daß für einen entsprechenden Nachwuchs der Lehrerschaft gesorgt wird. Einiges ist in dieser Richtung schon geschehen und zwar in dem Sinne, daß in einigen Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten deutsche Sprachkurse abgehalten wurden, in denen Zöglinge, die die deutsche Sprache von Haus aus beherrschen, in der deutschen Sprache weitergebildet werden. Namentlich war dies der Fall in Budapest an der staatlichen Lehrerbildungsanstalt des L. Bezirkes und an der staatlichen Lehrerinnenbildungsanstalt des 2. Bezirkes; weiterhin in der staatlichen Lehrer- und Lehrerinnenbildungs-Anstalt in Raab; schließlich an den römisch-katholischen Lehrerbildungs-Anstalten in Fünfkirchen und Kalocsa und an der evangelischen Lehrerbildungs-Anstalt in Cedenburg. Nunmehr wird dieser Sprachkurs durch einen zweiten Kursus, und zwar ebenfalls in deutscher Sprache, erweitert, in dem die Zöglinge eine didaktisch-methodische Ausbildung für den deutschsprachigen Unterricht erhalten werden; ferner sollen sie in die allgemeine deutsche Literaturgeschichte, in die Kulturgeschichte und überhaupt in die Geschichte des deutschungarischen Volkes sowie auch in seine volkskundlichen Eigenheiten eingeführt werden. Dabei wird dafür gesorgt, daß diese Zöglinge die Möglichkeit erhalten, den deutschsprachigen Unterricht in Schulen der drei verschiedenen Typen praktisch kennenzulernen. Wir werden jedenfalls dahin trachten, daß unser Volk seine Kinder in entsprechender Zahl in diese Lehrerpräparanden schickt, um so den Nachwuchs der deutschen Lehrer zu sichern.

Für die jetzt aktive Lehrerschaft, die seinerzeit, wenn sie auch die deutsche Sprache beherrscht, keine spezielle Ausbildung für den deutschen Unterricht erhalten hat, werden unter der Leitung von tüchtigen Fachkräften Sommerkurse eingeführt. Bereits in diesem Sommer wird mit einem solchen Kursus begonnen.

Es ist weiterhin beschlossen worden, daß für die Lehrerschaft zwei Leitfäden herausgegeben werden: in einem sind die didaktischen Richtlinien angegeben, die bisher bei dem muttersprachlichen als auch bei dem madjarischen Unterricht in den verschiedenen Schultypen zu befolgen sind; in dem zweiten wird in entsprechender didaktisch-methodischer Formung das Material geboten werden, das im geschichtlichen, volkskundlichen und im literarischen Unterricht an den deutschsprachigen Schulen zu verwerten ist.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Lambach vor dem Parteigericht

Der Fall Lambach, der während der ganzen letzten Zeit Anlaß zu den lebhaftesten Erörterungen innerhalb und außerhalb der deutschnationalen Partei gegeben hat, steht nun morgen zur Entscheidung durch die ersten Parteiinstanzen. Heute treten Parteivorstand und Parteileitung, sowie die Parteivertretung der deutschnationalen zusammen, um sich mit dem Ausschlußantrag wegen des Artikels „Monarchismus" zu beschäftigen.

Man ist bemüht, ebenso wie in der Reichstagsfraktion ein Kompromiß zur Beilegung der Differenzen zu finden. Diesem Bestreben Lambachs und seiner Freunde zur Klärung der strittigen Fragen entgegen steht aber, daß es im Interesse der ganzen Partei, ja der gesamten innerpolitischen Entwicklage liege, wenn die Deutschnationale Partei gezwungen wird, sich nunmehr mit den durch ihr Regierungsbeteiligung akut gewordenen Fragen des Parteiprogramms neu auseinanderzusetzen.

Inzwischen beabsichtigt eine Gruppe, die sich in der Fraktion sehr heftig gegen Lambach aufgetreten war, nunmehr seinen Ausschluß aus der Partei, namentlich weil er insofern erklärt hat, er werde seinen Kampf innhalb der Partei fortsetzen, ganz gleich, wie Beschlüsse gefaßt worden sollten.

Man darf auf den Ausgang dieses sehr interessanten Kampfes, der durch Lambachs Artel in der „DAZ" erneut akut geworden ist, espannt sein.

Deutsch-schweizerisches Abkommen

d. Basel, 6. 7. (Eigenbericht)

In Bern stattgefundenen dreitägigen Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland über ein Abkommen zur Regelung der gegenseitigen Besteuerung von Motorfahrzeugen haben nun zu einer Verständigung geführt, die ab 15. Juli in Kraft treten soll. Da in der Schweiz die regenmäßigen Personentransporte dem eidgenössischen Postregal unterstellt sind und private diese nur auf Grund einer besonderen Konzession ausgeführt werden dürfen, so wird die Schweiz von den deutschen Autounternehmungen, die die Grundstrecken durch die Schweiz ausführen, einen besonderen Zuschlag erheben, der für den fahrenden Wagenkilometer 15 Cts. beträgt an Stelle von 25 Cts. bisher. Eigentliche Eingangsgebühren erhebt die Schweiz von den Automobilen nicht. Erst nach einem Aufenthalt von drei Monaten werden diese der Steuerpflicht unterstellt. Das kommt daher, daß die Schweiz die Automobile selbst nur ganz gering besteuert, dagegen vor allem durch die Zahlung des benzinzolles, der den Benzinpreis gegenüberstem in Deutschland um 10 Cts. pro Liter erhöht, und durch den Einzug von Durchgangsund Benzugen indirekt das Automobil besteuert. Als Gegenleistung hierfür erhebt Deutschland an seiner Grenze Uebergangsgebühren, die gegenwärtig eine Mark pro Tag betragen. Die deutsche Regierung hat nun eine Befreiung von dieser Uebergangsgebühren für fünf aufeinanderfolgende Aufenthaltstage im deutschen Gebiet zugestanden, wobei eine solche Gruppe von fünf aufeinanderfolgenden steuerfreien Tagen beliebig oft wiederholt werden kann. Die Frist kann in besonderen Fällen auf Ansuchen ohne weiteres auf 14 Tage verlängert werden, sobald sämtliche in der Schweiz noch bestehenden kantonalen Durchgangsgebühren und die Bezirksgebühren für die Befestigung arbeitet gegenwärtig auch der Bund sehr intensiv.

Der polnische Gesandte wird Mittwoch, den 11. d. M., 12,15 Uhr, vom Reichspräsidenten zur Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben empfangen werden, der neue bolivianische Gesandte Carlos Anze Soria am gleichen Tage um 12 Uhr.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse am 3. Juli (in Cents)

	6. 7.	5. 7.
Tägl. Geld	85/8	5—5 1/2
Bankabsatz		
(60 Tage)	4 5/8	4 5/8
(90 Tage)	4 5/8	4 5/8
Kanada	99 1/16	99 1/16
steadig. Kurs	4 5/8	4 5/8
Mex. Dollar	5 1/2	5 1/2
Berlin Mittelk.	23,80	23,81 1/2
Wien	—	—
London	4,878	4,87 1/16

	6. 7.	5. 7.
Londoner 60 T.	4,870	4,870
Paris	3,92	3,92
Brüssel	13,96	13,96
Amsterdam	40,20	40,20
Schweiz	19,370	19,370
Oslo	26,75	26,76
Kopenhagen	26,76	26,76
Prag	2,960	2,960
Italien	5,24 1/2	5,24 1/2
Madrid	16,01	16,01
Japan	49	49

New Yorker Börse

	6. 7.	5. 7.
Ges. der. St.	90	90
6% Bagag	116	116
7% Mississ. Cent.	116	116
7% Missouri-Pac.	109 1/2	109 1/2
6% Kh. West. Elek.	101 1/2	—
5% N. W. El. Pow.	103	103
6% Hem. u. H. 1951	108 1/2	108 1/2
6% Amerik. Tob.	—	—
6% Ver. Stahl w. A. G.	—	—
7% Dom. Vulkanfab.	103	103
6% Bayr. Staatsanl.	98	97 1/2
7% Bank. Staats.	96 1/2	96
5% Bremer Anleihe	103 1/2	103 1/2
7% Hans. Bremen Anl.	107 1/2	107 1/2
7% Dt. Reich. Verk. 47	99 1/2	96
5% Bank. Staats.	96	96
5% Mex. Anl. v. 99	—	—
4% Ren. Ch. v. 04	—	—
6% Preuß. Staats	97 1/2	97

New York, Produktenmarkt

	6. 7.	5. 7.
Kaffee Santos	6,75	6,75
Rio loko	15 1/2	15 3/4
Zucker	1,53	1,52
Getreide	1,55	1,54
Weizen	1,57	1,56
Mais 1929	1,52	1,52
Hafer	1,60	1,60
Baumwolle loko	22,85	22,75
" Juli	22,78	22,68
" August	22,36	22,27
" Sept.	22,05	21,96
" Okt.	22,54	22,45
Kupfer	6 000	9 000
Kupfer sicht.	14,75	14,75
" 60-90 Tage	14,90	14,90
Zinn	46	46
" Juli	6,30	6,30
Zink	6,20	6,20
Robeisen p. Ton	20,45	20,45

	6. 7.	5. 7.
Weizen, ret.	177	179
Winterweiz.	166	165
Mais, loko	119	119

	6. 7.	5. 7.
Roheisen p. Schiff	5,25	5,25
Weißblech	5,25	5,25
Schmalz, Chicago	17,60	17,60
Talg extra loose	8,25	8,25
Bw. Baumw. Mark.	22,75	22,75
Juli	10,35	10,35
Okt.	10,40	10,47
Petrol. Stand. wh.	17,40	17,40
" Pharos	17,40	17,40
" Midcontinent	1,19	1,19
Pennsylv. Rohöl	3,05	3,05
Lederr Juli	2,45	2,48
Sept.	2,53	2,56
Dezbr.	2,63	2,67
Kautsch. exp.	18	18,25
" abnkt.	18,75	18
Terpentin	44,75	44,75
" Savannah	50,50	50,50
Reis, fl. Nr. 1	22,50	22,50

	6. 7.	5. 7.
Bank. Ag.	6,35—6,15	6,35—6,15
Gurk. Sug. 1/2—2/3	1/2—2/3	1/2—2/3
Kautsuol	9—9 etw	9—9 etw

Chicago, Produktenmarkt

	6. 7.	5. 7.
Weizen Juli	134	136
Sept.	136	138
Mais Juli	107	105
Sept.	101	101
Hafer Juli	52	54
Sept.	54	54
Roggen Juli	118	120
Sept.	114	115
Schmalz Juli	12,07	12,05

	6. 7.	5. 7.
Schmalz Septbr.	12,40	12,37
Speck Juli	12,25	12,25
" Septbr.	13,12	13,12
Rippen Juli	10,00	10,00
Schweine lebend	10,60	11,40
Schweine schwer	10,40	11,10
Schweine leichter	11,35	11,35
Zufuhr	18 000	37 000
Zufuhr Weizen	80 000	85 000

Das Ende des Donez-Prozesses

Von unserem Berichterstatter

Moskau, 6. 7.

In der achten Woche hat der Moskauer Sensationsprozeß nun endlich sein Ende gefunden. Für den deutschen Beobachter ist das Interesse an diesem Prozeß durch die Tatsache mitbestimmt worden, daß in der Voruntersuchung fünf deutsche Fachleute unschuldig in den Prozeß einbezogen wurden, von denen man nur zwei aus der Haft entließ, während man die übrigen drei, den Ingenieur Otto und die Monteure Meyer und Badstieber auf die Anklagebank eines Gerichtsverfahrens setzte, zu dessen Begründung die ihnen zur Last gelegten Taten nur in äußerst loser Beziehung stehen. Auch diese Anklagepunkte aber, lediglich auf Verleumdung von Mitangeklagten gestützt, sind in diesem Prozeß gänzlich zusammengebrochen. Es ist sicher irrig, wenn man in Moskauer Ausländerkreisen die Meinung äußert, nur dem außenpolitischen Wert der deutschen Freundschaft für den Sowjetstaat, dem energischen Auftreten des deutschen Botschafters Grafen Brockdorff-Rantzau und der scharfen Kritik der deutschen Presse an den Konstruktionen der Anklage sei es zu danken, daß seitens des Sowjetgerichts eine Bestrafung der deutschen Angeklagten vermieden wurde. Die Unschuld Meyers ist in seiner Gegenüberstellung mit Wassilin überzeugend zum Ausdruck gekommen, die Belastung des Ingenieurs Otto durch den Angeklagten Kasarinow erwies sich als unglaubwürdig und die hysterischen Selbstbezichtigungen Badstiebers sind durch die eidesstattlichen Erklärungen seiner Vorgesetzten derart kompromittiert, daß selbst der Staatsanwalt nicht, geschweige denn die Richter, auf den Unterstellungen der Anklageschrift hätten beharren können.

Es ist freilich höchst bedauerlich, daß nicht schon der Untersuchungsrichter einsichtig genug war, um die Unschuld der Deutschen Otto und Meyer zu erkennen und dem Sowjetgericht eine peinlichen Prestigeverlust, den deutsch-russischen Beziehungen manche ernste Belastungsprobe zu ersparen. Es ist ferner ein beklagenswerter Mißgriff, daß die Sowjetpolitiker bereits auf Grund der oberflächlichen, mit phantastischen Unterstellungen arbeitenden Voruntersuchung sich zu Verdächtigungen gegen die deutsche Wirtschaft, ja zu der absurden Behauptung hinreißen ließen, Mitglieder faschistischer Organisationen, insbesondere des deutschen Stahlhelm, seien die Vermittler zwischen den „Verschwörern" im Donezgebiet und ihren ausländischen Auftraggebern gewesen.

Diese übereifrige Verdächtigung der Deutschen Otto und Meyer ist nur eines unter vielen Symptomen für die anfängliche Ueberschätzung der „Verschwörung" im Donezgebiet durch die politische Polizei und den Untersuchungsrichter. Nur aus diesen übertriebenen Vorstellungen von dem Ausmaß der Tatbestände erklärt sich die ungeheure Nervosität der Sowjetpolitiker angesichts der Verhaftungen im Donezgebiet, ihr unglückseliger Gedanke, diesen Fall als mißlaufenen Vorstoß des internationalen Kapitalismus gegen den proletarischen Staat hinzustellen und als einen Tendenzprozeß großen Stils vor einem ungeheuren Auditorium aufzuziehen.

Im Laufe der schleppenden und dennoch nicht zu völliger Klärung des Tatbestandes ausreichenden Verhandlungen hat die Anklage ihre Behauptungen nur zum Teil zu erweisen vermocht: die Mitschuld gerade der prominentesten Mitangeklagten ist jedem unbefangenen Zuhörer zweifelhaft geworden und nicht weniger unhaltbar wie die Verdächtigung der deutschen Wirtschaftsfirmen scheint sich auch die In der Gerichtssitzung behandelte Beschuldigung französischer Regierungskreisen erwiesen zu haben. Das Regierungsblatt „Iswestija", das sich früher in Andeutungen über den militärpolitischen Hintergrund der Donezaffäre und Ausfällen gegen den schuldigen internationalen Kapitalismus erging, hat nach Abschluß der Beweisaufnahme, im Gegensatz zu Stalin, lediglich kleinlaut zugegeben, daß nicht das internationale Bürgertum, sondern nur einzelne Vertreter der alten zaristischen Bourgeoisie in die Donezaffäre verwickelt seien.

*

Die Prozeßverhandlungen haben den Beweis gebracht, daß tatsächlich eine Reihe von Ingenieuren und Technikern des wichtigsten Industriegebietes der Sowjetunion in inniger Verbindung mit ins Ausland geflüchteten ehemaligen Grubenbesitzern gestanden haben, neben ihren Namen leider nicht das offizielle Communique über die Geheimsitzung, sondern nur unkontrollierbares Moskauer Gerücht nennt, im Herbst 1926 zu „Informationszwecken" das Donezgebiet bereiste.

Mit haben von jeher die Meinung vertreten, daß derartige Handlungen von Sowjetangestellten eine ernste politische Bedrohung der Staatsmacht darstellen, und wir halten es für ein unantastbares Recht staatlicher Notwehr, solche Umtriebe mit allen Mitteln der politischen Autorität, auch mit der Todesstrafe der Hauptschuldigen zu sühnen. Daß die Beris-